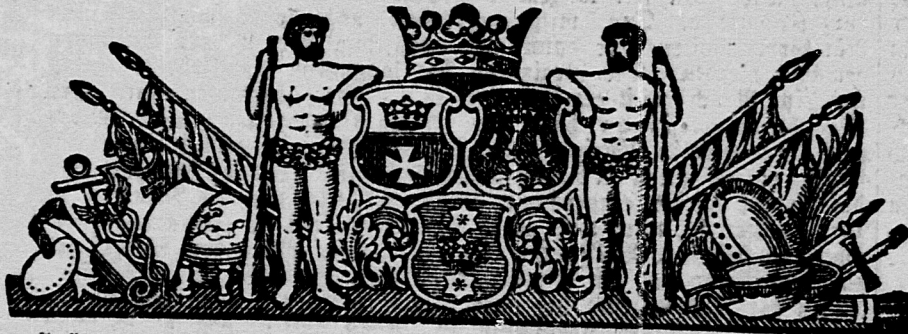


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 5,25 Mk., frei Haus 5,70 Mk.; monatlich 1,75 Mk., frei Haus 1,90 Mk. — Bei der Post: Vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. (ohne Bestellgeld).
 Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk.
 Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (wiegend Neuhner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegen genommen. Preis für die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 40 Pfg. für Aufträge außerhalb Ostpreußens 50 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeiger 30 Pfg.) Vorzugsanzeigen 1,50 Mk. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg.
 Postsch.-Nummer: 141, Königsberg.
 Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, An der Apostelkirche 7. (Lügow 6202/3.)

Vom Vorfrieden. — Deutsche Abgesandte in Brüssel. — Lebensmittellieferung? Entschädigung an den Kohlengrubenbesitz. — Schaulen den Bolschewisten entrissen. — Falsche tschechische Klagen.

Kundgebung des Ostpreußischen Provinziallandtags gegen die polnische Vergewaltigung unserer Heimat.

Bolschewismus oder Demokratie.

Von Dr. Ernst Müller (Weimingen), Mitglied der bayerischen Nationalversammlung.

(Nachdruck verboten.)

Der Zustand der Zerlegung dauert fort: Im Norden wie im Süden dasselbe trübselige Bild der Zerstörung. Gesteht man es nur offen: Wir Bayern stehen besonders tief beschämt vor Deutschland da. Ueber die nach allen Richtungen hin unerträgliche Wirtschaft in Bayern, die ein Hohn auf alle Demokratie ist, will ich heute nicht weiter sprechen. Die Frage in Bayern wie im Reich ist eben einfach die Alternative: „Demokratie oder Diktatur“, „Bolschewismus, d. h. russische Rätewirtschaft, oder demokratisches Parlament“. Vernichtung jeglicher Staatsordnung und damit jeder Kultur, oder Schöpfung von Ordnung und Gerechtigkeit.

Die Arbeiter- und Soldatenräte können vielleicht zu wertvollen Vertretungskörpern in beruflichen Angelegenheiten gemacht werden. Aber die Beibehaltung als politische „Ueberparlamente“ neben den alsdann kraft- und wertlosen Nationalversammlungen, die zu Scheinparlamenten herabsinken würden, würde den Untergang unseres ganzen Staatswesens bedeuten. Kein Frieden, kein Brot und keine Arbeitsgelegenheit, aber die Permanenzklärung der Revolution, Anarchie, neue, blutige Bürgerkriege! Das ist jetzt die Frage, die in den alten, russischen Arbeiter- und Soldatenräten verborgen liegt. Was sollen uns die „Soldatenräte“ ohne Heer? Ohne diszipliniertes Heer und ohne Anerkennung der Arbeitspflicht ist alles umsonst! Wird der gute Geist des deutschen Volkes diese größte Probe staatsbürgerlicher Vernunft bestehen, oder wird er in dem Massenrausch krankhafter Erregung zugrunde gehen? Das ist die große Zukunftsfrage für Deutschland, wie vor allem für Bayern, wo neben Soldaten der offizielle Bolschewismus heute seine größten Organe feiert. Mit diesem System ist ein Kompromiß für jede Partei tödlich, — sie heiße, wie sie wolle. Wer so jedes nationale Gefühl beiseite, wie der Volksrat des Landesvolksrats in München, der steht sich außerhalb des Fühlens und Denkens der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Und die größte Schmach, die der sorglosesten Dual fast einer Million deutscher Brüder in der feindlichen Kriegsgefangenschaft brennt noch immer auf uns! Das Ausland muß uns verachten, wenn sie nicht sofort gelöst würde! Die Taten der Weimarer Nationalversammlung können nicht lange, schöne Reden sein, — von ihnen haben wir wahrhaftig seit dem 8. November genug gehört — sondern die feierliche Bekundung des Willens an die ganze Welt, daß sie die Schmach des Verrats an unseren Gefangenen nicht mehr erträgt, daß sie die äußersten und letzten Konsequenzen zieht, wenn dieser größte Völkerverrat, den die Weltgeschichte gesehen, die Sklaverei unserer Kriegsgefangenen, nicht sofort beendet wird: Lieber ehrenhaft zugrunde gehen, als ehelos — schließlich auch zu enden und unterzugehen! Das Gewürfel mit den ewigen Verlängerungen des Waffenstillstands muß aufhören: Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schreden ohne Ende! Man jagt uns so auf die grauamste Art noch den letzten Rest von Mark aus den Knochen! Unser furchtbarster Feind der Bolschewismus hat zum stärksten Bundesgenossen diese geradezu satanische Dual, die unsere Gegner uns in der Vorenthaltung eines baldigen endgültigen Friedens antun. Wie die Dinge nach der verbrecherischen Zerstörung unseres Heeres jetzt stehen, ist der definitive Friede — und wäre er der furchtbarste — das unbedingt Notwendige für unser Volk.

Die Verhandlungen in Weimar.

Weimar, 13. März. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erstattete der Reichswehrminister Noske Bericht über die Vorgänge in Berlin. Seine temperamentvollen und energisch vorgetragenen Schilderungen der Entwicklung der Kämpfe und der scharfen von Erfolg gekrönten Maßregeln, die er für die Unterdrückung der Bewegung ergreifen mußte, führten zu lebhaften Zusammenstößen mit den Unabhängigen. Die Verlesung von verheerenden Artikeln der „Aktionen“ und der „Freiheit“ begleiteten die Unabhängigen mit Lärm und Loben. Zurufe wie: Schamlose Verleumdung, Unverschämter Geißel, schwirren durch den Saal und riefen minutenlange stürmische Gegenübergebungen im Hause hervor. Nur mit Mühe konnte der Präsident die Ruhe wieder herstellen.

Die Erregung zitterte noch nach, als das Haus bereits in die Beratung des Geheimschlusses über den Verkehr mit russischen Zahlungsmitteln eingetreten war. Nach kurzem Hinweis des Reichsfinanzministers Schiffer darauf, daß in Deutschland aus politischen Gründen der Rubel wolle und daß wir uns gegen die Verfassung durch Besetzungsgelder wehren müßten, wurde das Geheime nach unerheblicher Erörterung mit einem Antrag der Mehrheitsparteien auf Anmeldepflicht der Bestände an russischen Zahlungsmitteln in allen drei Lesungen erledigt.

Zu einer politisch interessanten Nachprobe kam es dann bei der Vornahme der gestern zurückgestellten Abstimmung über das Sozialisierungsgehe. Die Abstimmung über einen unabhängigen Antrag, der in § 1 die persönliche Freiheit durch die Freiheit der Berufswahl ersetzt wissen wollte,

blieb zweifelhaft und das Haus mußte seinen ersten Sammelbesprechung vornehmen. Die Ablehnung dieses Antrages mit 163 gegen 136 Stimmen zeigte, daß hier zum ersten Male ein bürgerlicher Block geschlossen gegen die beiden sozialistischen Parteien aufgetreten war. Ein besonders ungewöhnlicher Anblick war es dabei, daß die Mitglieder der Regierung entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit getrennt abstimmten. Dasselbe Bild wiederholte sich bei der namentlichen Abstimmung über den Antrag Luer, der die Entschädigungspflicht des Reiches bei Sozialisierungen beibehalten wollte. Hier ereignete sich noch der Zwischenfall, daß durch einen Rechenfehler der Antrag angenommen wurde. Der Irrtum stellte sich jedoch bald heraus und bei der nochmaligen Prüfung des Ergebnisses ergab sich die Ablehnung dieses Antrages. Auch hier hatte der bürgerliche Block die sozialistischen Parteien überstimmt. In namentlicher Abstimmung wurde auch noch der § 2 in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso unter Ablehnung sämtlicher Änderungsanträge der Rest des Gesetzes.

Nachdem das Haus noch in die zweite Beratung des Geheimschlusses über die Regelung der Kohlenwirtschaft eingetreten war, wurde die Sitzung auf eine Stunde ausgesetzt.

Frieden und Lebensmittel.

Amsterdam, 13. März. Nach einer „Renter“-Melbung aus Paris jagte Staatssekretär Lansing in seiner Erklärung an die Presse u. a.: Wir müssen die Verhältnisse, die zur sozialen Unruhe führten, zu ändern versuchen und Deutschland wieder zu einem normalen Leben zurückzuführen. Was Deutschland braucht, läßt sich in zwei Worten sagen: Frieden und Lebensmittel. Am Deutschland zu ermöglichen, der Anarchie und dem häßlichen Despotismus des roten Terrors Widerstand zu leisten, muß man ihm Lebensmittel geben und gestatten, diese Lebensmittel zu verdienen. Das normale Leben muß durch den Friedensvertrag wiederhergestellt werden. Das muß nicht aus Mitleid für das deutsche Volk geschehen, aber es muß unbedingt getan werden, da wir die Sieger in diesem Kriege, die Hauptlasttragenden sein würden, wenn dies nicht geschehe. Man kann so viel Schadenbegütung verlangen, wie man will, und darauf bestehen, solange man will. Wenn das deutsche Volk kein Material für seine Industrien und keine Gelegenheit erhält, die Ergebnisse seiner Arbeit auf fremden Märkten absetzen, wenn die Arbeiter keine Lebensmittel haben, kann Deutschland für die von ihm begangenen Uebelthaten nicht zahlen. Außerdem wird es, wenn die jetzigen chaotischen Zustände fortauern, wieder eine verantwortliche Regierung geben, die Frieden schließen kann, noch eine Regierung, die stark genug ist, um die Vertragsverpflichtungen zu erfüllen.

Mannheim, 13. März. Noch in dieser Woche wird ein Lebensmitteltransport von Rotterdam in Mannheim ein erwartet. Leichten Sonnabend ging eine Lebensmittelkennung der Alliierten von Rotterdam nach Duisburg ab.

Paris, 13. März. („Havas“.) Der oberste Kriegsrat besprach gestern nachmittag die Bedingungen, die Deutschland im Vorfriedensvertrage auf dem Gebiete des Flugwesens anferlegt werden sollen. Die Artikel der von militärischen Sachverständigen aufgestellten Vorlage wurden nacheinander geprüft und angenommen.

Die deutsche Kommission in Brüssel.

Berlin, 13. März. Die deutschen Kommissionen für das Lebensmittel-, Schifffahrts- und Finanzabkommen trafen am 12. März, abends 8 Uhr, in Brüssel ein. Die Mitglieder der Kommissionen wurden am Bahnhof von etwa zehn belgischen Militärautobilen abgeholt, mit belgischen Chauffeuren, aber ohne militärische Begleitung. Die Ankunft im Bahnhof erfolgte in Gloomerant eines zahlreichen Publikums unter lautloser Stille. Ein Zwischenfall ist nicht eingetreten. Sämtliche Mitglieder der Kommissionen wohnen im Hotel Victoria und sind sehr gut untergebracht. Die Freiheit des telegraphischen, offenen und diskret, des Telephonierens und der persönlichen Bewegung ist gesichert. In der Nacht noch fand von 11 bis 1 Uhr eine interne eingehende Besprechung zwischen sämtlichen Kommissionsmitgliedern unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs v. Braun statt.

Eraberger nicht in der Friedensdelegation.

Berlin, 13. März. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, lebte Erzberger trotz wiederholter Bitten seinen Eintritt in die deutsche Friedensdelegation ab.

Bern, 12. März. In der Vormittagsitzung des Internationalen Völkerbundkongresses wurde ein Antrag auf Einführung von Militär- und Freiwilligentruppen abgelehnt; dagegen wurde ein Antrag angenommen, nach dem künftig kein Mensch gegen seinen Willen zum Töten gezwungen werden soll. Ferner wurde ein Zusatzantrag auf Beschränkung der Flotten auf das zur polizeilichen Sicherung der Meere nötige Maß und die Forderung auf Freiheit der Meere angenommen.

Schaulen genommen.

Riga, 13. März. In weiterem Vordringen wurde den Bolschewisten der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Schaulen, wo die Bahnen Tilsit-Mitau und Riga-Dinaburg sich treffen, unter jetzten Kämpfen entrissen. Nördlich davon wurde Sagarren an der litauisch-litauischen Grenze genommen.

Die Todesopfer in Berlin.

Berlin, 13. März. Wie die „B. Z.“ erfährt, ist die Zahl der Todesopfer während der spartakistischen Unruhen jetzt so groß, daß die Unterbringung der Leichen auf Schweregräbern nicht mehr möglich ist. In dem Leichenhause, Hannoverstraße, sind 196 Leichen untergebracht, von denen 43 unbekannt sind. Die Aufnahmebereitschaft des Leichenhauses ist erschöpft. Fast ebensoviel Leichen liegen in den beiden Garnisonlazaretten. Auch die Krankenhäuser sind sehr stark mit Toten belegt. So befinden sich im Krankenhaus Friedrichshain 115 Leichen und im Urbanfrankenhaus 30.

Berlin, 13. März. Die Eisenbahndirektion erklärt, daß sie morgen den S-Bahn- und Fernverkehr nach dem Osten wieder aufnehmen kann. Der Güterverkehr widelt sich erst in einigen Tagen regelmäßig ab.

Die Landung in Danzig.

Eine französisch-polnische Offizierskommission.

Danzig, 13. März. Wie die „Danz. Ztg.“ meldet, ist heute früh von Warschau kommend die französisch-polnische Offizierskommission hier eingetroffen, um die Landung der polnischen Truppen in Danzig vorzubereiten. Der Führer der Kommission ist der französische Oberstleutnant im Generalstab Marschall.

Tschechische Phantasien.

Berlin, 13. März. (Anthias.) Der tschecho-slowakische Minister des Innern und stellvertretende Ministerpräsident verlas nach Meldungen aus Prag, offensichtlich mit Bezug auf die jüngsten Zusammenstöße zwischen Tschechen und Deutschen in der Nationalversammlung eine längere Erklärung, die sich u. a. mit der angeblichen, gegen die Sicherheit der tschecho-slowakischen Republik angelegten Verschwörung befaßt und dabei die Behauptung aufstellt, die Angelegenheit des verhafteten Dr. Schwarz erbrachte den Beweis dafür, daß die Fäden dieser Verschwörung auch nach Berlin führten. Ferner wird in der Erklärung behauptet, es habe der Plan eines kombinierten deutsch-magyarischen Einfalles in das Gebiet der Tschecho-Slowakei bestanden. Demgegenüber sei auf das bestimmteste festgestellt: 1. gegen die Sicherheit des tschecho-slowakischen Staates wurde von Berlin aus niemals etwas unternommen, noch wurden etwaige Bestrebungen dieser Art irgendwie unterstützt; 2. in der sogenannten „großangelegten Spionageaffäre Schwarz“ wurde seitens der tschecho-slowakischen Regierung trotz mehrfachen Erwidern der deutschen Regierung das angegebene Belastungsmaterial bisher noch nicht zur Verfügung gestellt; bis zum Beweise des Gegenteils durch die deutschseits antwortlich angeforderte Untersuchung muß auch entschieden bekräftigt werden, daß Schwarz gegen die Sicherheit des tschecho-slowakischen Staates gearbeitet hat; 3. die Kombination eines geplanten deutsch-magyarischen Einfalles in tschecho-slowakisches Gebiet muß schon im Hinblick auf die militärische allgemeine Lage des Deutschen Reiches als Phantasiagebilde bezeichnet werden. Im übrigen auf die deutsche Regierung wiederholt zu erkennen, daß sie mit der tschecho-slowakischen Republik freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten wünscht.

Kleine Meldungen.

Mannheim, 13. März. Marschall Koch läßt gegenwärtig die Mannheimer Betriebe kontrollieren, die früher Kriegsmaterial erzeugten, aber diese Tätigkeit schon seit langem einstellen.

Bern, 13. März. Nach dem „Nouveliste de Lyon“ verlegte der Befehlshaber der vierten französischen Armee, General Guenon, den Sitz seines Hauptquartiers von Straßburg nach Kolmar, da infolge Wiederherstellung der Armeekorpsinteilung aus der Friedenszeit für Kolmar als Sitz das 22., für Straß das 23. Armeekorps vorgesehen werden.

Berlin, 12. März. (Nachmittagsziehung.) 75 000 Mark auf Nr. 74 741, 50 000 Mark auf Nr. 78 317, 10 000 Mark auf Nr. 182 661, 5 000 Mark auf Nr. 208 460, 1 000 Mark auf Nr. 58 477, 161 033.

Herrn v. Tettau-Tolks' Angriff auf die Reichstagsmehrheit.

Herr v. Tettau-Tolks, der Vorsitzende des Provinziallandtags Ostpreußens, hat es für richtig gehalten, in seinem Rückblick im Provinziallandtag der Reichstagsmehrheit vom 19. Juli 1917 die Schuld daran zuzuschreiben, daß in unserem Volke der Siegeswille und die Opferbereitschaft mehr und mehr schwanden. Es ist das ein Beginnen, das deutlich wieder einmal zeigt, wie manchmal die Herren der Rechten ein ihnen übertragenes Amt mißbrauchen, um einen politischen Gegner anzugreifen. Sie haben in dieser Hinsicht noch immer nichts gelernt und nichts vergessen. Dieser Mißbrauch, den Herr v. Tettau-Tolks in diesem Fall übte, hat begrifflicherweise in den Reihen der Deutschen demokratischen Partei das größte Verdröben hervorgerufen. So unmoderiert dieser Angriff ist und so wenig er sich mit dem Amt des Vorsitzenden des Provinziallandtags verträgt, der damit das Vertrauen in eine unparteiische Geschäftsführung enttäuscht, so wenig zeitgemäß ist er. Wir möchten untererweislich die Frage nicht mehr eingehend erörtern, wer daran schuld trägt, daß die Kriegsmüdigkeit zu dem beklagenswerten passivistischen Zustand führen mußte; es ist das schon oft genug von allen Parteien und immer wieder ergebnislos erörtert. Nur soviel könnte sich Herr v. Tettau-Tolks getraut sein lassen, daß die Reichs-